

einfach vor nimmt weg. Hier müssen nun die Gemeinderäte einpassen und sich auf keinen Fall einmischen lassen, bevor nicht die gesetzliche Auseinandersetzung erfolgt ist.

Warum wurde das Schulgeld nicht gleich als Kirchschulden erklärt, wie die Kirche selber für anderes zur Verwaltung übernahm? Warum hat die Kirche in den 40er bis 70er Jahren, in denen die Grundstücksaufnahmen genau gesorgt und amtsgerechtlich eingetragen wurden, ihre vermeintlichen Rechte auf Schul- bzw. Kirchschulden nicht geltend gemacht?

Obst bebautlich ist es, daß das Trennungsgesetz anordnet, die aus dem Kirchschuldengrundstücke einkommenden Gelder seien von der Gemeinde vom Tage der Aufgabe des Kirchendienstes an an die Kirche zu zahlen, wo es bis zur Auseinandersetzung in besonderer Kasse verwaltet — kapitalisiert — werden soll.

Warnung an Frankreich

Der folgende Artikel erschien kürzlich in „Socialdemokraten“, dem Koppenhagener Blatt der dänischen Sozialdemokratie. Er geht um in einer Heftigkeit mit der Bitte um Abdruck zu.

Es war einmal, da die freiheitsliebenden Männer und Frauen der Welt nach Frankreich hinüber als dem Lande der Entwicklung zur Freiheit und Gerechtigkeit, Frankreich, das alte Revolutionsland, wo der stolze Woblspruch Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit geboren wurde.

Ach, lang ist das her! Frankreich ist nicht mehr das Land der Freiheit, nicht der Hüter der Gerechtigkeit, sondern Hort der Gewalt und des stärksten Militarismus, der bis jetzt gesehen wurde. Der deutsche Militarismus wurde besieg und zertrümmert, aber siehe, aus der Asche wie ein Vogel schlug sich der neue französische Militarismus hervor, „schöner und prachtvoller“ als jener, um im Stil der Legende zu bleiben.

Wenn jetzt französische Soldaten mit Tanks und Flugzeugen, mit Artillerie und Reitern im Ruhrgebiet einziehen, dann ist das ein Schandfleck für die Nation, die früher immer voran im Kampf für Freiheit und Recht war. Aber damit nicht genug, daß man in Friedenszeit ein neues Stück deutsches Land erobert. Um die Erniedrigung vollständig zu machen, läßt man es durch schwarze Truppen geschehen. Halbwegs aus Afrika, welche man zu diesen schönen Zwecken besser einbehalten kann als die eigenen Söhne Frankreichs.

Was ist das hochgeprelsene Eigentumsrecht, wenn die Generale auf ihren tausenden Pferden herborriden, Tanks in ihrem Gefolge? Nichts! Das private Eigentumsrecht, die hochgelobte Grundlage der Gemeinschaft, ist nichts für die Nordmaschine, die ein modernes Heer ist.

Nicht allein das Land wird besetzt, Zoll und Steuer wird als direkte Vergütung genommen.

Das, was jetzt geschieht, ist in Wirklichkeit schlimmer als Krieg und so gefährlich wie der furchtbare Weltkrieg, der Europa vier Jahre lang verheert hat und die Menschen in wilde Tiere verwandelte. Das Jegliche ist Samen für neuen Krieg.

Deshalb ist die Politik Frankreichs so unklug wie möglich. Defensiv kann vielleicht Frankreich sich durch diese moderne Form von Raub bezahlt machen, und es ist wahrscheinlich sein Ziel, was es jetzt genommen hat, solange wie möglich zu behalten, wie die französischen Chauvinisten immer ihren Traum vom Rhein als Grenze Frankreichs geträumt haben. Aber für die Zusammenarbeit zwischen den Nationen Europas, für die Wiederherstellung unserer zerstörtesten Weltteils, für die Schöpfung einer Bruderschaftsgemeinschaft des Friedens unter den Menschen ist die Politik Frankreichs ein Schlag, der viele Jahre Schmerzen dürfte, ehe er vergessen wird.

Eine weitere Protestnote

Berlin, 31. Januar. Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu übergeben:

Die französische Besatzungsbehörde in Essen hat von den 1000 Betten der städtischen Krankenhäuser über 800 beschlagnahmt. Der Diphtherieepidemie, der für die Essener Verhältnisse ökonomisch zu klein ist, machte ohne Rücksicht auf das Schicksal der darin untergebrachten Kranken Kinder sofort geräumt werden, ebenso ist die Sanitätsbeschlagnahme worden, was zur Folge hatte, daß die dort untergebrachten Kranken unterschiedslos entlassen werden mußten. In gleicher Weise wurden auch die Stationen für Schwarzlad, Masern, Keuchhusten und Lähmung geräumt werden. Der Hinweis der Frankenhaushaltung darauf, daß sie für den Ausbruch einer Epidemie die Verantwortung ablehnen müsse, fand keine Beachtung.

Die deutsche Regierung protestiert auf das nachdrücklichste gegen diesen neuen Gewaltakt der französischen Besatzungsbehörde, der die einfachsten Gebote der Menschlichkeit verletzt und nicht nur die Gesundheit einzelner Kranken gefährdet, sondern auch die Bevölkerung allgemein mit der Ausbreitung gefährlicher Seuchen bedroht. Sie fordert die unbedingte Räumung der beschlagnahmten Teile der Krankenhäuser und behält sich volle Bemütigung zu verlangen.

Maschinengewehre gegen Arbeiter

Bodum, 31. Januar. Die Arbeiterschaft der Bergbau- und Kautschukindustrie in Bodum hat am Dienstag den Beschluß gefaßt, die Wiederherstellung reparaturfähiger französischer und belgischer Automobile abzulehnen. Auf Grund dessen erschien heute morgen in der Stadt Bodum ein Bataillon französischer Soldaten in Begleitung von Maschinengewehren und mehreren Tankautomobilen. Die Hauptstraße wurde vollständig abgesperrt und an einzelnen Straßenecken stellte man Maschinengewehre in Schußbereitschaft auf. Nachdem dieser „Sicherungsakt“ gegen eine Bevölkerung ohne Waffen in geradezu inderischer Weise durchgeführt war, besetzten ungefähr 30 französische Soldaten mit aufgestautem Bajonett unter Führung eines Offiziers die Fabrik. Der Betriebsrat verlangte abermals die Auslieferung der von den Franzosen verlangten Arbeiten ab und protestierte entschieden gegen diese gewalttätige Betätigtung.

Meldungen über Gewalttaten

Ähnlich wie im Kriege werden jetzt wieder Nachrichten über Schreckensstaten, Brutalitäten usw. aus dem Ruhrgebiet verbreitet, für deren Richtigkeit die Arbeiterpresse nicht einstehen kann. Wir lehnen es ab, Meldungen zu bringen, die den Stempel der Unwahrscheinlichkeit oder des Geringfügigen, offensichtlich vorliegen. Dagegen können wir nicht schloß an Nachrichten vorbeigehen, die richtig sein können, obwohl eine Bestätigung noch nicht vorliegt. Dies ist z. B. mit den folgenden Meldungen der Fall, die wir registrieren, die Verantwortung für ihre Wahrheit jedoch den angegebenen Quellen überlassen müssen.

Düsseldorf, 31. Januar. (W. I. V.) Heute ist eine französische Kanalaripatrouille über mehrere Dörfer, die aus der Wirtschaft kamen, hergefallen und hat die Anwesenheit mit Säbeln angegriffen. Dabei wurde der Passier der belgischen Gaswerke in Scherz von der Patrouille mitgenommen und mit einem Panzerauto fortgeführt. Vermutlich ist er ins Gefängnis gebracht worden.

Berlin, 1. Februar. (Märkerl. Presse.) Wie aus Kachen gemeldet wird, ist über die Stadt Kachen der verschärfte Belagerungszustand verhängt worden. Es war zwischen der Bevölkerung und der belgischen Besatzung, die sich dort befindet, auf der Straße mehrfach zu Unruhen und zu Zusammenstößen gekommen. Bei dieser Gelegenheit gelang es in einer großen Anzahl von Fällen, Militärpatrouillen

zu entwaffnen. Diese Vorgänge riefen begeisterte Reaktionen bei dem Kommando der Besatzungstruppen größte Erregung hervor, und die Patrouillen, die entwaffnet worden waren, wurden zurückgezogen, um an ihre Stelle neue Truppen bis zu Kompaniestärke zu entsenden, die gegen die Bevölkerung vorgingen.

Essen, 1. Februar. (Märkerl. Presse.) In Verbekehofen wurde ein Jugendschüler von französischen Soldaten erschossen.

Die bayerische Komödie

Die sozialdemokratische Fraktion des Reichstags hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Reichstag verlangt, daß die auf Grund des Artikels 48 Absatz 4 der Reichsverfassung erlassene Verordnung der bayerischen Staatsregierung vom 26. Januar 1923 sofort außer Kraft gesetzt wird.“

Dieser Antrag, der also die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern fordert, hat nach der neuen Geschäftsordnung des Reichstags den Vorzug beschleunigter Verhandlung. Infolgedessen wird er schon am morgigen Freitag in Verbindung mit dem Haushaltsplan des Reichsanlagers zur Beratung gestellt werden.

Die bayerische Regierung hat bezeichnenderweise der Reichsregierung noch keine offizielle Mitteilung von der Verhängung des Ausnahmezustandes gemacht, wie die Reichsverfassung das vorschreibt.

Beamtenchaft und Republik

SPD. Der Hauptausschuß des Reichstags setzte am Mittwoch die Staatsberatungen fort und sprach entsprechend den Beschlüssen des Unterausschusses bei der Kammer des Justizministeriums und der Kammer des Reichsgerichts je 10 Prozent. — Bei der Beratung des Etats des Reichsministeriums des Innern berichtete Abg. Dr. Schreiber (Zentr.) über die Arbeiten des Staatsauschusses. Die große Aufgabe des Ministeriums des Innern besteht in der Pflege des deutschen Einheitsgedankens vor allem in der Verwaltung hervorzutreten zu lassen. Auch in kirchenpolitischer Beziehung sei eine größere Einheitslichkeit zu erwirken. — Abg. Munz (Dnat. Sp.) forderte, daß die Zuschüsse der Religionsgesellschaften der Selbstverwaltung angegliedert werden. — Abg. Morath (D. Sp.) wünscht eine Neuordnung der Kleindarsteller der Beamten und Staatsangestellten und eine Umgestaltung der Beamtengesetzgebung, die als nicht mehr getragener bezeichnet werden müsse.

Reichsminister des Innern Dr. Cserer erwiderte, er wünsche dringend die baldige Verabschiedung des Beamtenrechtsgesetzes und habe selbst eine Entschleunigung des Beamtenrechts zur Regelung der kirchenrechtlichen Fragen eine Vorprüfung mit den Regierungen von Sachsen, Thüringen und Braunschweig stattgefunden, die ergeben habe, daß bei der Auslegung des Artikels 135 der Reichsverfassung Zweifel entstehen können. Die Reichsregierung stehe auf dem Standpunkt, daß die Länder berechtigt seien, Feiertage einzuführen und zu ändern, solange rechtlich nichts anderes bestimmt sei. Diese Tatsache habe der Reichsregierung Veranlassung gegeben, einen Weichenwurf vorzulegen, der die wichtigsten Feiertage reichsweit festlegt. — Reichsminister Dr. Fall gab einen Bericht über die vom Abg. Morath demängelt Disziplinargesetz gegen Beamte im Reichsministerium des Innern, die sich lediglich gegen solche Beamte gerichtet haben sollen, die politisch im rechten Lager stehen. Der Reichsminister wies darauf hin, daß es sich bei diesen Disziplinarfällen vielfach um die Verabschiedung der republikanischen Staatsform gehandelt habe. — Abg. Erising (Zentr.) wünschte auf beiden Seiten etwas mehr Takt, um ein erträglicher Verhältnis zwischen der Beamtenchaft und dem Volkstaat zu schaffen. — Die Gemessen Müller und Steinopf begrüßten das Verhalten der Reichsregierung in der Frage der Disziplinierungen, die wegen Verfehlungen der Republik erfolgt sind. — Am Schluß der Aussprache kam der Minister noch einmal auf die Frage der Stellung der Beamten zur Republik zu sprechen. Bei jeder Staatsumwälzung sei auch eine Umwälzung der Verwaltung vor sich gegangen. Die deutsche Republik aber habe es als ihre erste Aufgabe betrachtet, den bestehenden Beamtenkörper zu konservern. Waghend für diese Haltung sei das feste Vertrauen auf die staatsverhaltende Auffassung der deutschen Beamtenchaft gewesen. Im allgemeinen habe dieses Vertrauen auch Rechtfertigung gefunden. Wo Ausnahmen ausgetreten, muß so sagte der Minister, der Gedanke der Erhaltung der Republik richtunggebend sein für alle Maßnahmen.

Im übrigen stehe man jetzt an einem psychologischen Wendepunkt, wogegen der unerhörte Gewaltakt der Franzosen im Ruhrgebiet beigetragen habe. Jetzt sei es möglich, auch in der Beamtenchaft eine vaterländische Einheitsfront zu schaffen. Diese Bewegung werde das Ministerium durch Veranstaltung von Wanderversammlungen und gegenseitiger Aussprache in der Gesamtheit der Beamten Herzen gern unterstützen. Es sei jederzeit zur Verständigung bereit, aber auch zur Abwehr und werde pflichtgemäß der Republik mit aller Entschiedenheit dienen. Daraus verlagte sich der Ausschuss.

Leben • Wissen • Kunst

Flariden

Von Willi Böbus

Die uralte Technik des Menschengeschlechts, es den Vögeln gleichen zu können und überaus mühelos durch den Raum zu schweben, ist nunmehr in Erfüllung gegangen. Die Segelflugversuche in der Rheinbrücke im vergangenen Jahre als höchste Leistung eines motorlosen Flugzeuges den Preisstand. Die Segelflug-V. m. V. hielt vor einiger Zeit im Rammohaus in Berlin einen Wettbewerb für den Segelflugsport ab, in der ein vom G. H. Schuler der wissenschaftlichen Gesellschaft für Luftfahrt Gruppe angeschlossenem Zirkel von der Segelflugkonstruktion in der Rhein gestiftet wurde.

Die harten Bedingungen der Entente, die den deutschen Flugzeugbau zu drohen bedrohten, haben für Deutschland einen verjüngten Aufschwung gebracht, sich mit dem vom Frieden nicht bedrohten motorlosen Flug zu beschäftigen. Ein anderes Moment liegt in dem Wettbewerb, den die Motorflug wirtschaftlicher zu machen. Die starken motorlosen Flugzeuge verdrängen sehr hohe Brennstoffmengen. Während im Kriege die Wirtschaftlichkeit eine untergeordnete Rolle spielte, muß man heute versuchen, die Motorflüge ganz erheblich herabzusetzen, ohne die Leistungsfähigkeit zu sehr zu vermindern. Man begann deshalb, aufbauend auf die Versuche Lillenthal, systematisch den Segelflug zu studieren, baute Hängegleiter und Segelflugzeuge und kam so dem erstrebten Ziel näher. Unter Segelflug versteht man den motorlosen Flug ohne Höhenverlust, unter Gleitflug einen solchen mit Höhenverlust. Beim Segelflug werden die turbulenten Luftströmungen ausgenutzt. Das Flugzeug muß dabei so gebaut sein, daß es eine möglichst geringe Widerstandskraft hat, so daß es ein wenig Luftwiderstand erleidet zu werden braucht, wenn der Gleitflug in einen ansteigenden Segelflug überwandelt werden soll.

Die erfolgreichste Maschine bei den Rheinbrückenwettbewerb war der hannoversche Bänder „Gompf“, mit dem Hengen seinen überlunden Preisstand ausfüllte. Das Flugzeug gleicht äußerlich einem Motorflugzeug, dem jedoch der Propeller und der Motor fehlen. Das Tragholz ist über dem Rumpf angebracht, durch dessen Tragfläche besondere Verankerungen des Traggestells sich anordnen machten. Das Traggestell ist aus Gummiabfällen gebildet, die zur Hälfte aus dem Rumpf herausragen und einen geringen Luftwiderstand bieten. Die Tragfläche ist aus drei Teilen gebildet, die durch

Wolken miteinander verbunden werden. Sie hat eine Spannweite von 12,60 Meter bei 1,45 Meter größter Flüchentiefe. Die Flüche kann zur Querverstellung bedarmen werden. Am Rumpfenende ist ein Höhensteuer angebracht, außerdem ist ein Seitensteuer mit vorgelagerter Knieleiste vorhanden. Die meisten der zur Konstruktion gebrauchten Flugzeuge waren von den akademischen Fliegergruppen verschiedener Hochschulen konstruiert und oft auch von prominenten Flugzeugfabriken ausgeführt worden. Im Gegensatz zu diesen in konstruktiver Hinsicht allen Anforderungen entsprechenden Flugzeugen standen zwei Ausführungen, die von Privatleuten in ihren Werkstätten des sächsischen Tischlermeisters Epenlaub, dessen Flügel die größte Spannweite aufwies und der unter Verwendung von Konfervenblech und einfachem Zinnenholz hergestellt war. Da dieser Flugzeugentwurf nur sehr schlechte Mittel besaß, war es ihm zuerst unmöglich, Unterlegplatten für die Befestigung der Verstreifungen zu beschaffen, und er half sich dadurch, daß er Zehnfüßerstücke benutzte. Diese Maschine wie auch die des österreichischen Lehrers Schulz wurden nicht zur Konkurrenz zugelassen, da sie den gestellten Konstruktionsforderungen nicht entsprachen. Trotzdem wurden mit ihnen außerhalb der Konkurrenz tabelllos Flüge ausgeführt und die Maschine des Tischlers Epenlaub ist dem Deutschen Museum in München angekauft worden. Es mutet an wie eine Ironie des Schicksals, wenn man erfährt, daß im Gegensatz zu diesen erfolgreichen primitiven Maschinen das von Professor von Parseval konstruierte Flugzeug der Fliegergruppe der Technischen Hochschule Berlin bei dem Preisflug, wahrscheinlich wegen zu geringer Verdrahtungsstärke, zu Bruch ging.

Der Start eines Segelflugges geht in der Weise vor sich, daß drei bis sechs Mann das Flugzeug an einem langen Seil gegen den Wind ziehen. Schon nach wenigen Metern hebt es sich von der Erde und bei genügender Geschwindigkeit wird das Seil abgeworfen. Aufgabe des Führers ist nunmehr, durch geeignete Tätigkeit der Steuerorgane das Flugzeug in der Luft zu halten.

Es ist nun zu verständlich, daß dieser Teil der Technik, der trotz allen Erfolgen immer noch Neuland ist, und bei dem man sehr auf kostende Versuche angewiesen ist, große Begeisterung bei seinen Jüngern erweckt. Wir dürfen annehmen, daß es diesen modernen Nachfolgern des Heros in ausdauernder Arbeit gelingen wird, das Problem des Segelflugs in einwandfreier Weise zu lösen.

Theater

Opernhaus. Im Mozarts Singpiel: Die Entführung aus dem Serail folgt ein Ohrenschmaus dem andern. Das Erhabene, das die fünf Solostimmen und das Orchester, aber wundervoll solistisch mitlaufende Orchester bereiten, endet erst mit dem Stück selbst. Begreiflich, daß es Liebhaber die Menge hat, die das Haus jedesmal füllt. Unter Russen das ist für das Werk besonders feinsinniger musikalischer Führung trat gestern wohl zum Überhaupt erstmalig Angelika Kolinat als Blondine auf. Klar und lieblich in der Wiedergabe der gelunglenen Linien, aber im Zusammenhang und überaus lebendig und treffend im Darstellenden, war die Kolinat schon weit mehr als eine bloße Solistin. Der Theaterleitung gebührt für das in diesem Fall bewiesene Vertrauen zur Leistungsfähigkeit anstrengender Kräfte Dank; liegt doch darin ein Teil der Erfüllung jener von und mehrfach geäußerten Wünsche. Weiter war auch der Belmonte Hitzels neu. Die Größe des jugendlichen Hitzels ging von diesem Belmonte aus; überaus gerader war sein liebeswarmes Empfinden. Aber Hitzels sonst zu denken gehender und starrer Gelangton stand diesmal nicht ganz fest. Jedoch, das sind Dinge, die man nicht in der Gewalt hat und für deren gute Stunde kein Sänger bürgen kann. Als Gast, als geringeiner — wie oft schon in letztergangener Zeit — gab unser allerbester Hans Kubiger den Pedrillo. Auch wie ein Zwanzigjähriger war er am Werke. P. B.

Konzert

Hierabend-Koncert. Der große Kaufmannshausaal zeigte sich dicht besetzt mit einer Zuhörerschaft, der man wahrhaftig keine Not an Leib und Seele anhat. Etwa 60 Prozent Amerikaner, die hier schon öfters für Konzerte gefungen hat. Ihr Sopran strahlte geradezu bei vorzüglicher Begabung in den allen anpruchsvollen italienischen Operarien von Scarlatti, Paisiello, Wiccini. Im Ernst dachte man daran, daß sie eigentlich ein Weibchen für unsere Oper in italienischen Partien sein könnte. Aber dann lang sie Dugo Wolf, deutsch. Es wurde offenbar, daß ihr das eine völlig fremde Welt ist, was, also würde sie an einer deutschen Oper doch nicht heimisch werden können. Kr.

Dresdner Kalender

Theater am 2. Februar. Opernhaus: Valkyria (6). Schauspielhaus: Mächiger als der Tod (7). Volkshaus Nr. 4955 bis 4957. — Neustädter Schauspielhaus: Die

Die Partei der zwei Seelen

Kommunistischer Parteitag
Schluß der Vermittlungssitzung

Leipzig, 30. Januar.

Pflege, Solingen, wendet sich gegen die Kritik von Ruth Fischer. Sie habe unterlassen, aufzugeben, welche Maßnahmen hätten ergriffen werden müssen. Im Rheinlande habe man aktiv gewirkt, aber in Berlin sei man marschiert und habe das Maul gehalten. Wo sei der Einfluß der Berliner Organisation auf die Massen der Berliner Arbeiter?

Schneiter, Halle: Bei der Hungerstreikaktion in Mitteldeutschland habe sich die Inaktivität der Zentrale in aller Klarheit gezeigt.

Stoizenburg, Rheinland, erklärt unter scharfem Widerspruch der übrigen rheinischen Delegierten, daß die „so genannten“ Linken wohl mit dem Mund, nicht aber in der Tat auf dem Boden der Einheitsfrontpolitik stünden. Infolge der dauernden Einsprüche von dem linken und rechten Flügel bei jeder Aktion käme niemals eine starke Aktivität zustande. Es sei die Partei zur Aktion schreiten könne, müsse sie die Massen in Bewegung setzen.

Wenn die kommunistische Partei Rheinlands die Massen in Aktion gebracht hätte, dann wären sie dem Nationalismus in die Arme getrieben worden.

Kleine, Westfalen (fortdauernd mit der Faust auf die Rednertribüne donnern) erklärt, nicht die Franzosen, sondern der deutsche Kapitalismus sei der Feind. Die Rechte in der R. P. sei eine Typusbagarre an einem gesunden Körper, die Linke aber sei eine leichte Erkältung an einem gesunden Körper. (Beifall)

Urbanus, Hamburg, spricht zu den ellenlangen Resolutionen, die dem Parteitag vorliegen und mit denen die R. P. in Zukunft den revolutionären Kampf zu führen trachtet. Die Länge der Resolutionen stünde in ungeschieblichem Verhältnis zu dem Wert des Inhalts. Es sei daher anzunehmen, daß sie wohl kaum ein Delegierter gelesen habe.

Ohne Abstimmung wird die Debatte diktiert geschlossen.

Reyer, Berlin (Schlußwort) perdet sich zunächst zu den vorliegenden Anträgen und Resolutionen. Dann beschäftigt er sich mit der Kritik Ruth Fischers. Sie habe sich in allgemeinen Behauptungen ergangen, ohne konkrete Beweise vorzubringen.

Nachmittagsitzung

In der Nachmittagsitzung wird von der Mandatsprüfungskommission berichtet, daß verschiedene Bezirke zu viel Delegierte entsandt haben. Es sind außer den Mitgliedern der Zentrale, der Parlamente, der ausländischen Gäste usw., 118 Delegierte entsandt. U. a. haben Berlin und Thüringen zu viel Delegierte entsandt. Thüringen habe die größte Mitgliederzahl, 18 000 Mitglieder angegeben, in der Abrechnung seien aber nur 10 000 aufgeführt. (Solche „Rechenungsirrtümer“ zeigen, was man von dem „ständigen Wachen“ der R. P. zu halten hat!) Der Bezirk Mittelrhein gab „besondere Verhältnisse“ für die Entsendung von zwölf Delegierten an, aber es wurde festgestellt, daß diese „besonderen Verhältnisse“ nicht zugunsten des Bezirks sprächen. Es wurden 9 Mandate fassiert.

Hierauf gab Clara Zetkin Bericht über den 4. Kongreß der kommunistischen Internationale. Die zweite Internationale war nur ein loses Gebilde. Im Gegensatz dazu sei die kommunistische Internationale eine straff organisierte Partei (siehe dazu den Bericht der Mandatsprüfungskommission). Die deutsche Delegation war nicht einheitlich. Die Töne der deutschen Delegation waren außerhalb des Kongresslokals kräftiger und zahlreicher, als im Saal.

Es sei kein Geheimnis, daß die Deutschen zurück zur zweiten Internationale wollten.

Es war eine Strömung vorhanden, die als Generalfstab ohne Truppen die revolutionäre Entscheidungsschlacht schlagen wollten. Außerst heftig kritisierte sie Friedland und Genossen als schwankende Kohle. In den westlichen kapitalistischen Ländern herrsche noch Revolutionenstümmigkeit und „unmündigkeit“. Man dürfe aber keine falschen Schlüsse auf den Opportunismus in der Partei ziehen.

Mängel und Entgleisungen erklären sich aus der Schwäche der Partei.

Das Verhandeln mit den Spitzenorganisationen schwäche die Aktionskraft der Partei keineswegs. Die proletarische Einheitsfront muß auch durch Verhandlungen mit Leuten propagiert werden, mit denen dieselbe Lust zu atmen einem gegenüber ist. Der wertvolle Sozialismus frucht an der eignen Unschärfe. Wir verzichten dann auf jeden Kampf, wenn wir immer nur Gefahren seien. Es muß auch eine scharfe Trennungslinie zwischen Arbeiterregierung und

Diktatur des Proletariats gezogen werden. Der Staatsapparat muß zerschmettert werden für die Arbeiterregierung.

In dieser Stelle wurde ein Telegramm verlesen, daß das Ministereinkommen der Kommunisten gegen die sozialdemokratische Regierung vom Landtage angenommen sei. Der Kongreß begrüßt den Beschluß mit großem Beifall und Handklatschen. Hieran schloß sich ein Hoch auf die Internationale und der Gesang der Internationale...!

Clara Zetkin fährt fort: Sie sei angenehm unterbrochen worden!!! Sie warnt vor Fraktionsbildungen in der Partei, weil die Fraktionen die Meinungsfreiheit beschränken. Sie schließt mit der Aufforderung, nicht mehr Amos zu sein, sondern Dammel! Hedert berichtet man über den 2. Kongreß der Roten Gewerkschafts-Internationale. Er redet über Einheitsfront und Arbeiterregierung und schilt auf die „Amsterdamer“ „Reaktionäre“. Wir müssen uns einen Stamm von Funktionären, also „Bongen“, heranzüchten.

Ruth Fischer, Berlin, eröffnet die Aussprache. Sie wendet sich sehr heftig gegen die Zetkin und deren „Schaukelpolitik“ und ihren Witz. Den Dummköpfen muß ein Schlag auf den Kopf gegeben werden. Es besteht in der Partei die Gefahr des Revisionismus wie in der alten Partei. Dieser Geist will die Partei verjüngen.

Die Arbeiterregierung sei ein Windspiel zwischen Kasse und Mensch. Die einzig richtige Einstellung ist die auf Laten. Die Reaktion schießt unter starkem Beifall einen großen Teil des Kongresses.

Ein Hamburger Redner erklärt, die Arbeiterregierung dürfe nicht als Notwendigkeit, sondern nur als Möglichkeit betrachtet werden. Die Bourgeoisie müsse erst erschüttert sein, wenn die Arbeiterregierung eingesetzt werden kann. Kleine erklärt, es wohnen zwei Seelen in der Brust der deutschen Kommunisten, eine rechte und eine linke.

Clara Zetkin erhält nun das Schlußwort, worin sie gegen Ruth Fischer ins Zeug geht. Sie bekräftigt nochmals, daß es keine opportunistische Gefahr in der deutschen Partei gebe. Als die Rednerin auf die Frage der Arbeiterregierung zu sprechen kommt, löst die Frage durch den Saal: Wie lange soll die Arbeiterregierung bestehen? Clara Zetkin antwortet darauf: das sei ganz unmarxistisch gedacht. Die Versammlung reagiert darauf mit ungestörter Heiterkeit. Im weiteren Verlauf ihrer Rede wird Clara Zetkin von den Berliner Delegierten durch Zwischenrufe attackiert. Der Vorsitzende ersucht die Berliner, die Situation nicht herabzusetzen.

Der Vorsitzende bringt ein Hoch auf Clara Zetkin aus, worauf diese mit einem Hoch auf den Befreiungskampf antwortet.

Als Ruth Fischer nun das Wort zu einer Erklärung nimmt, wird sie unter ungeheurem Lärm vom Vorsitzenden unterbrochen. Zwischenrufe fliegen hin und her, der Vorsitzende wird beschuldigt Ruth Fischer der Lüge. Nach einer Erklärung Witz wird ein von Schumann gestellter Antrag auf Absetzung des Vorsitzenden Stolzenburg zurückgezogen. Danach folgen eine Anzahl Abstimmungen.

Leipzig, 31. Januar.

Es wird in die Diskussion über die Rote Gewerkschafts-Internationale eingetreten. Der erste Redner forderte den führenden Bildhauer zu sagen, daß die freien Gewerkschaften mit falschen Methoden arbeiten. Die Kommunisten müssen die Beamten gewinnen. Die folgenden Redner haben natürlich in die gleiche Kerbe. Sie „charakterisieren“ die deutschen Gewerkschaftsführer als Stützen des Kapitals, als Reaktionäre und dergleichen. Die Diskussion soll bis 11 1/2 Uhr fortgesetzt werden. Abends soll das Referat Brandlers über das Thema: Einheitsfront und Arbeiterregierung folgen.

Die Zunahme des Notenumlaufs

Berlin, 29. Januar. Wie vorausgesehen war, hat der gewalttätige und widerrechtliche Einbruch Frankreichs und Belgiens in das Ruhrgebiet die wirtschaftliche Lage erheblich verschlechtert und mit auch in einer neuen verhängnisvollen Steigerung der von der Reichsbank zu befreienden Kredit- und Zahlungsmittelanfrage seine Auswirkung gefunden. Nach dem Ausweis der Bank vom 23. d. M. hat — im wesentlichen im Zusammenhang mit diesen Vorgängen — die Zunahme der Anlagekonten und des Notenumlaufs in der dritten Januarwoche neue Höchststufen erreicht.

Der Banknotenumlauf hat sich um den vorher in einer Bankwoche auch nicht nur annähernd erreichten Betrag von 216,8 Milliarden Mark auf 1654,6 Milliarden Mark erhöht. Der Umlauf an Darlehensklassenscheinen erging wieder geringfügig, nämlich um 241,3 Milliarden Mark auf 13,1 Milliarden Mark zurück.

Um die Umsatzsteuer

Berlin, 1. Februar. (Fig. Draht.) Die Beratungen des Landessteuergesetzes im Steuerausschuß des Reichstags, die vor Wochen begonnen wurden, sind seit dieser Zeit nicht viel vom Fleck gekommen. Das neue Stück des Gesetzes, die Erhöhung der Umsatzsteuer von 2 auf 2 1/2 Proz., war das heiße Eisen, vor dem sich auch die bürgerlichen Parteien hielten. Die Sozialdemokratie hatte von Anfang an erklärt, daß sie die Verantwortung für die Erhöhung der Umsatzsteuer wegen der ungesicherten wirtschaftlichen und sozialen Folgen nicht tragen könne. Die bürgerlichen Parteien ohne Ausnahme drückten sich um die Stellungnahme herum. In der ersten wie in der zweiten Sitzung wurde die Abstimmung ausgesetzt. In der heutigen Sitzung des Steuerausschusses ist nun die Entscheidung gefallen. Das Zentrum, das am Mittwochabend in einer Fraktionsitzung sich mit der Umsatzsteuer beschäftigt hatte, ließ durch den Abgeordneten Gerold erklären, daß auch ihr die Zustimmung zur Erhöhung der Umsatzsteuer nicht möglich sei.

Daraufhin erklärte Staatssekretär Japp, daß der Reichsfinanzminister angesichts dieser Sachlage die Einbringung des Rabinetts für notwendig halte, das sich darüber klar werden müsse, ob die Gesamtverträge aufzuhalten werden soll oder nicht. Abgeordneter Herz (Deutsch-national) beantragte nunmehr die Vertagung der Verhandlung des Ausschusses. Im Auftrage des Reichstags erklärte der preussische Vertreter, daß eine Vertagung des Landessteuergesetzes für Gemeinden und Länder untragbar sei. Das Gesetz sei der letzte Rettungskörper für die Gemeinden. Die Verantwortung für den drohenden Untergang der Gemeinden trage der Reichstag. Für die Sozialdemokratie erklärte Genosse A h a m a n n, eine Veranlassung für die Zurückziehung

der gesamten Vorlage liege nicht vor. Unter Stellungnahme zur Umsatzsteuer sei von vornherein bekannt gewesen. An Stelle der Umsatzsteuer habe die Sozialdemokratie die Beteiligung der Gemeinden beantragt. Auch die starke Heranziehung der Besitzenden zur Zwangsanleihe, ebenso wie die Verteilung der Steuererhöhung sei denkbar. Das Finanzministerium müsse Vorschläge machen, wie der Ausfall durch die Umsatzsteuer gedeckt werden könne.

Sofort nach Rahmann erhob sich Staatssekretär Japp, um zu erklären, daß der Weg der Zwangsanleihe nicht gangbar sei. Die Zwangsanleihe sei außerdem nur eine einmalige Steuer. Nachdem noch Abgeordneter Dr. Scholz (D. W.) erklärt hatte, daß auch seine Fraktion angesichts der Haltung des Zentrums nicht für die Umsatzsteuer eintreten würde, erklärte Genosse Herz, daß die Haltung des Finanzministeriums nicht nur eine Schwäche gegenüber den Besitzenden, sondern auch Mangel an Rücksicht gegenüber denen, die die Umsatzsteuer für katastrophal halten, wäre. Der Ermäßigung der Einkommensteuer, die von den bürgerlichen Parteien abgelehnt worden war, habe das Finanzministerium keinen ernsthaften Widerstand geleistet. Der Ausweg der Zwangsanleihe sei möglich und der beste Weg zur Rettung der Gemeinden. Dem Steuerfiskus bei der Heranziehung des Sachbesitzes zur Zwangsanleihe, den die Geldentwertung ungeheuer gesteigert habe, müsse ein Ende bereitet werden. Wenn man für eine schnelle Einziehung der Steuer Sorge, dann habe man zwei Möglichkeiten, die den besten Erfolg für die Erhöhung der Umsatzsteuer darstellen.

Eine eingehende Stellungnahme zu der durch die Verhandlung des Steueraussschusses geschaffenen Sachlage behielten wir uns vor, trotzdem es bereits in diesem Augenblick gesagt werden muß, daß die Sozialdemokratie alles getan hat, um die Gemeinden zu schützen. Wenn sie jetzt durch die Aussetzung der Verhandlungen über das Landessteuergesetz in die schwerste Bedrängnis geraten, so ist das die Schuld der bürgerlichen Parteien und der bisherigen Steuer- und Finanzpolitik.

Aus aller Welt

Neuer Weltrekord im motorlosen Flug

Eberburg 30. Januar. Der französische Manichrol ist mit seinem motorlosen Flugzeug 8 Stunden 2 Minuten 34 Sekunden geflogen. Er landete nach Einbruch der Nacht. Mit diesem Fluge ist ein neuer Weltrekord aufgestellt.

Von einer Lawine begraben

Genf. Eine Gesellschaft von 15 Alpinisten aus Genf ist im Tal von Champeron von einer Lawine überrollt worden. Alle Personen wurden verschüttet. Schließlich gelang es drei von ihnen, sich aus dem Schnee zu befreien. Der Führer ist getötet. Das Schicksal der übrigen Alpinisten ist noch nicht bekannt. Es sind zwei starke Rettungskolonnen zur Hilfeleistung abgegangen.

Neueste Telegramme

Die wertbeständige Kohleanleihe überzeichnet

Die von dem sächsischen Staat angelegte Kohleanleihe von 360 000 Tonnen, à 15 000 M., ist innerhalb drei Stunden überzeichnet worden. Es wird sofort eine zweite Serie zu denselben Bedingungen ausgeben werden.

Der „Rheintaler“

rs. Paris, 1. Februar. (Fig. Draht.) Im gestrigen Ministerrat stellte der aus Düsseldorf nach Paris zurückgekehrte Finanzsachverständige Tanneke den Antrag, im Ruhrgebiet nunmehr einen Rheintaler oder eine Rheinmark auf der Goldgrublage einzuführen. Eine Entscheidung des Ministerrats ist noch nicht erfolgt.

Keine Kohle an französische Schiffe

Kiel, 1. Februar. Sämtliche hiesigen Kohlenhändler haben beschlossen, französischen und belgischen Schiffen, die den Kaiser-Wilhelm-Kanal passieren oder nach Kiel kommen, keine Vorkohlen mehr zu verabfolgen. Dasselbe soll mit Schiffen geschehen, die unter solcher Flagge fahren. In der vorigen Woche schon haben französische und belgische Schiffe keine Kohlen mehr erhalten.

Gegen die Befegung der Schulen

Berlin, 1. Februar. Die Parteien des Reichstags, ausgenommen die Kommunisten, haben einen Antrag eingebracht, der gegen die Befegung der Schulen durch französische Truppen Vertagung einleitet. Die Nachrichten aus Rheinland-Weistalen über Störungen und Unterbrechungen des Schulbetriebes infolge des Truppeneinsatzes lassen alle bisher gehegten Hoffnungen weit hinter sich. Wiederum werden die Schulen zum Teil oder völlig beschlagnahmt, die Jugend überdill und stittlich den größten Gefahren ausgesetzt.

Die englische Regierung wartet ab

rs. Berlin, 1. Februar. (Eigene Drahtmeldung.) Bonar Law hat den Antrag des Führers der Labour Party, Ramsay MacDonald, auf Einberufung des Parlaments zur Erörterung der Lage im Ruhrgebiet abgelehnt. Das Parlament wird nunmehr erst am 18. Februar, wie ursprünglich in Aussicht genommen war, zusammentreten. Die englische Regierung ist der Auffassung, daß es zweckmäßig sei, vor der Erörterung der Lage noch die Entwicklung der nächsten Wochen abzuwarten.

Der Dollar 44500,—

rs. Berlin, 1. Februar. (Fig. Draht.) Die starke Wertlosigkeit am Devisenmarkt ist durch die überraschende Marktbesserung in New York erheblich vermehrt worden. New York ist für uns mit seinen kurzen naturgemäß von allergrößter Bedeutung, zumal es die Börse am Weltmarkt ist, welche ihre Kurse am spätesten notiert. Obgleich man in Berlin nicht auf den paritätischen Dollarkurs zurückging, schwächte sich der Dollar doch schon am frühen Morgen bedeutend ab und man hörte einen Dollarkurs von 40 000. Es herrschte heute vormittag um so größere Unruhe und Ungewißheit, als man keine reifliche Erklärung für die New Yorker Bewegung hat. In den Kreisen des deutsch-amerikanischen Handels hatte man nach der ungeschicklichen Aufwärtsbewegung von 10 000 auf 50 000 Mark einen Rückschlag als natürliche Reaktion erwartet. Gestern nachmittag machte sich dieses Enttäuschungsbedürfnis deutlich bemerkbar.

Der Dollar wurde plötzlich Brief genannt, ohne daß sich zu den hohen Kursen Käufer fanden. Die Bewegung wurde durch Marktläufe der Reichsbank unterstützt. In den heutigen Morgenstunden fand die allgemeine Unsicherheit in einer völligen Wertlosigkeit ihren Niederschlag. Auch ein hartes Bedingungsbedürfnis für hiesige Waife-Engagements hat sich in großem Maße ausgewirkt. Im Verlauf der ersten Morgenstunden trat eine leichte Befestigung ein, in deren Folge der Dollar bis auf 44 500 emporging. Diese Befestigung wurde zum Schluß der Börse durch eine ebenso leichte Abschwächung abgelöst. Der amtliche Dollarkurs weist den tiefsten Stand des Dollars an der heutigen Börse auf. Die auffällige Devisenbewegung ist auf den Effektenmarkt nicht ohne Einfluß geblieben. Das Privatpublikum behält sich zurückhaltend und hat bisher nur seine Aufträge erteilt. Überdies besteht zur Zeit keine grobe Nachfrage und es sind eher Deckungsbedürfnisse zu erwarten.

Deutscher Reichstag

224. Sitzung vom Mittwoch den 31. Januar, nachmittags 2 Uhr

Auf eine kleine Anfrage des Abg. Dr. Wolf (D. Vp.) über die Pläne der rheinischen Separatisten zur Errichtung einer rheinischen Republik läßt Reichsminister des Innern Dr. Cserik erklären, daß diesen hochverräterischen Plänen mit allen Mitteln entgegenzutreten wird und daß das in dieser Richtung Erforderliche veranlaßt ist.

Auf der Tagesordnung steht der von allen Parteien mit Ausnahme der Kommunisten eingebrachte Antrag über die durch die Besetzung des Ruhrgebietes veranlaßte Schließung von Schulen. Der Antrag wendet sich gegen jede Kürzung und Schwächung des Unterrichts, da sie eine schwere Einbuße an kulturellen und erzieherischen Werten bedeutet; ebenfalls wendet sich der Antrag gegen die Besetzung von Jugendheimen, die einen Eingriff in die Jugendbewegung und in die Jugendfürsorge darstellen. Der Reichstag fordert die Reichsregierung auf, gegen diese Übergriffe der Besatzungsbehörde scharfen Einspruch zu erheben.

Abg. Dr. Schröder (Zent.) hält eine sehr lange Rede von 27 Seiten auf, in denen Volksschulen und höhere Lehranstalten sowie Lehrerbildungsanstalten besprochen werden und wo insbesondere der Unterricht ganz oder zum Teil eingestellt werden muß. Diese unheilvolle Entwicklung greift auch bereits auf den Bezirk Münster über. Eine allgemeine Verwüstung und Zerstörung des Unterrichts ist die Folge. Neben den Schulhäusern haben die Besatzungsgruppen auch Krankenhäuser in rückwärtsloser Weise beschlagnahmt. Ebenso unerschrocken sind die maßlosen Ansprüche der Truppen auf anderen Gebieten. In Duisburg werden z. B. pro Tag 8 Liter Milch für die Angehörigen der Besatzungsgruppen gefordert, während für die Deutschen nur 4 Liter vorhanden sind. Wir fordern alle ausländischen Spender, die der Kultur des deutschen Kindes zur Hilfe kommen wollen, auf, gegen diese kulturelle Verwüstung und Zerstörung des deutschen Kindes feierlichen Einspruch zu erheben.

Eine weitere Debatte wird der Antrag vom gesamten Hause einstimmig angenommen. Es folgt dann die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs über die

Kleinrentnerfürsorge.

Der Ausschuss hat nicht nur die Kleinrentner, sondern auch diejenigen, die ihnen gleichgestellt sind, dem Gesetz unterworfen und den Kreis dieser Fürsorgeempfänger genau umschrieben. Es sollen darunter fallen alle die in Rot Geratene, die durch Arbeit ihren Lebensunterhalt erworben haben, die wissenschaftliche, künstlerische oder gewerbliche Arbeit verrichten, und jene, die infolge geistiger oder körperlicher Gebrechen nicht mehr arbeiten können. Die Vorlage sah eine Erstattung der Kosten des Gesetzes an die Gemeinden in Höhe von 80 Prozent durch das Reich vor. Der Ausschuss beschloß eine Erhöhung der Erstattung auf 90 Prozent.

Ministerdirektor Schlieben dinst in Namen des Reichsfinanzministeriums, es sei 80 Prozent der Erstattung zu lassen, da es aus den verschiedenen Gesichtspunkten nicht erträglich sei, den Beitrag der Gemeinden für die Kleinrentnerfürsorge nur mit 10 Prozent zu bemessen.

Abg. Frau Schröder (Zent.): Trotz aller Bemühungen der Parteien ist es nicht gelungen, den § 1a so zu fassen, daß er unserer Anschauung entspricht. Der Kreis der berechtigten Fürsorgeempfänger muß noch weiter gefaßt werden. Wir werden die weitergehenden Anträge der Kommunisten unterstützen und selbst beantragen, daß alle „ohne eigene Schuld“ in Rot geratenen Personen im Sinne dieses Gesetzes fürsorgeberechtigt sein sollen.

Nach Zustimmungserklärungen der Abg. Oberfahren (Dnat. Vp.) und Frau Wags (D. Vp.) erklärt Abg. Dr. Rals (Dem.): Die Anträge der Kommunisten und Sozialdemokraten stehen weit über das Ziel hinaus, oder sind überflüssig oder gar undurchführbar. In der Frage, ob die Gemeinden 10 oder 20 Prozent der Unkosten bestreiten sollen, werden wir das Gesetz nicht ändern lassen.

Nach kurzen Bemerkungen der Abg. Schwarzer (Vater. Vp.) und Malanin (Komm.) wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung mit der Änderung verabschiedet, daß das Reich 80 Prozent der Kosten an die Gemeinden zurückzahlt.

Nach debatteloser Erledigung der zweiten Lesung des Jugendgerichtsgesetzes wird der Gesetzesentwurf über Beschäftigung der Selbstverdienenden in den Steuererlassen dem Steueraussschuß überwiesen. — Nächste Sitzung: Donnerstag 3 Uhr.

Sachsen

Keine Koalition in Sachsen?

Die demokratischen Blätter glauben die Bildung eines sozialdemokratisch-demokratischen Kabinetts, also die „keine Koalition“, voraussetzen zu können, die die wohlwollende Neutralität der Deutschen Volkspartei für sich hält. Das Leipziger Tageblatt schreibt z. B.: Die „große Koalition“ hat gegenwärtig keine Aussicht. Man rechnete mit der Einnahme von zwei Demokraten in das Kabinett. Von den bisherigen sozialdemokratischen Ministern dürften der Finanzminister Heißner ausbleiben und entweder der Finanzminister Heldt oder der Arbeitsminister Kistau. Ein Teil der Sozialdemokraten ist allerdings für ein

nachmaliges rein sozialdemokratisches Kabinett, das den Versuch unternehmen soll, eine wechselnde Mehrheit im Landtag sich zu verschaffen.

Wir wissen nicht, aus welcher Quelle diese Nachrichten stammen. Vermutlich handelt es sich um bürgerliche Versuchsballone. Jedenfalls sind alle derartigen Weisungen verfrüht, da unsere Partei erst auf der Landestagkonferenz, die am Sonntag stattfindet, zu der Frage Stellung nehmen wird.

Ein Vindglied zwischen Mensch und Affe

So bezeichnete die Kommunistin Ruth Fischer die „Arbeiterregierung“ auf dem kommunistischen Parteitag in Leipzig. Dessen ungeachtet traten sowohl Brandler wie Böttcher für dieses Vindglied ein. Letzterer führte auf dem Parteitag aus:

Die Kommunistische Partei sei bereit, die volle Verantwortung für die Bildung der Regierung zu übernehmen, aber nur einer Arbeiterregierung im Kampfe gegen die bürgerlichen Parteien. Wenn die Sozialdemokraten diese Regierung nicht wollten, so werde die kommunistische Partei den Kampf für sie aufnehmen gemeinsam mit dem sächsischen Proletariat und sie auch gegen den Willen der Sozialdemokratischen Partei zustande bringen. Sie habe bereits für Sonntag die Betriebsräte und den Kontrollausschuß zusammenberufen, um den Kampf gegen die sozialdemokratische Regierung aufzunehmen, die sich zum Vorkurs des Kabinetts Cuno gemacht habe.

Die Kommunisten drohen also einmal wieder mit ihrem Betriebsrätekongreß. Die Betriebsräte sollen also die Regierung wählen und die Landtagsabgeordneten wahrscheinlich die Aufgaben der Betriebsräte lösen. Warum auch nicht? Für die Kommunisten heißt Revolution ja nichts anderes, als die Dinge auf den Kopf stellen.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst schreibt über den Sturz der sächsischen Regierung:

Durch das Vorgehen der Kommunisten wird das sächsische Volk ungenutzt geschädigt, denn die Folge ist nichts anderes, als daß die Arbeit der Regierung und des Landtags wieder ganz unnötig unterbrochen wird. Es geht wieder eine Menge Zeit verlor, und den Schaden davon haben nicht zum wenigsten die scheidenden Kreise der Bevölkerung. Den reaktionären Parteien kann es nur lieb sein, wenn ihnen die Kommunisten immer wieder dazu helfen, wichtige gesetzgeberische Aktionen hinauszuschieben. Die Kommunisten zeigen sich immer deutlicher als die Zutreiber für die antirepublikanischen Tendenzen.

Der Fall — Landeskonfistorium

Der „Fall Wehlhose“ scheint zu einem Fall des Landeskonfistoriums (mündlich genant) zu werden. Die Dresdner Nachrichten erfahren von gutunterrichteter Seite, daß in nächster Zeit einige bedeutsame Personalveränderungen in der sächsischen Kirchenleitung vorgenommen werden dürften:

Die Beweggründe für diesen Wechsel liegen teils auf kirchenpolitischen wie auf kirchenökonomischen Gebieten. Man macht in gewissen Kreisen dem Landeskonfistorium den Vorwurf, daß es bei der Lösung der in der Luft schwebenden Finanzprobleme nicht mit dem nötigen Nachdruck vorgegangen sei und will die ganze Angelegenheit einem Kirchenfinanzdirektor übertragen wissen. Andererseits strebt man eine Verjüngung des Konfistoriums an durch Mitglieder, die dem neuen Geist mehr Rechnung tragen. Nicht zum wenigsten dürfte in dieser rein kirchenpolitischen Frage der bekannte „Fall Wehlhose“ ausschlaggebend gewesen sein.

Selbst die reaktionärsten bürgerlichen Blätter, denen man wirklich nicht nachsagen kann, daß sie vom neuen Geist angefaßt sind, sprechen die Hoffnung aus, daß sich das Gericht bestätigt. „Denn eine gründliche Aufreinigung tut der obersten kirchlichen Landesbehörde schon längst not.“

Von den zahlreichen Kritiken, die die Bestrafung des Pfarrers Dr. Wehlhose gefunden hat, sei noch die Leipziger Lehrerzeitung angeführt, die mit beikühnem Hohn schreibt: „Das sächsische Kirchenregiment ist durchaus auf dem rechten Wege. Nur wenn es gegen Modernisten unnachlässig vorgeht, kann es gelingen, die evangelische Kirche rein und unverfälscht im Bekenntnisgeiste des 16. Jahrhunderts zu erhalten.“

Die Handwerkschulen

Der Bund sächsischer Handwerkschulmänner schreibt und: Von den 68 Handwerkschulen, die dem Wirtschaftsministerium unterstehen, befinden sich in Händen von Gemeinden 27, Annahmen 4, Handwerkskammer 36, Handwerkskammer 1. In diesen Schulen unterrichten 1922 313 Lehrer im Hauptamt, 289 im Nebenamt. In diesen Schulen wurden 11 268 Schüler unterrichtet. Die historische Entwicklung dieser Schulen ist wesentlich

anders gelaufen, als die des allgemein bildenden Schulwesens. Die Handwerkschulen verdanken ihre Entstehung nur einem großen Teil ihrer Entwicklung der Kaufmannschaft, die mit den Handwerkschulen Pflichten der Erziehung und Bildung des kaufmännischen Nachwuchses schuf. Der sächsische Staat hat die Handwerkschulen seinerseits durch Unterstützung und durch seine Verwaltung gefördert. Grundlegend hat er dabei der Entscheidung der Kaufmannschaft als der Schulträgerin nur auf diese Weise der freien Entwicklung der Schulen den Vorrang gegeben. Es soll nicht bestritten werden, daß diese freie Entwicklung ihre Vorteile hatte. Auch künftig müssen die Handwerkschulen in unmittelbarer Fühlung mit dem praktischen Leben bleiben, denn es ist nicht mehr möglich, daß die Belange der Schulen von Innungen usw. allein verwaltet werden. Unsere Zeit erfordert eine gesetzliche Regelung des sächsischen Handwerkschulwesens, wie sie z. B. in Württemberg schon seit 1904 besteht. Eine solche gesetzliche Regelung würde auch den höheren Handwerkschulen den Weg zum Ausbau nach oben — zur Wirtschaftshochschule — freigeben. Gerade diese Entwicklung der Handwerkschulen ist eine dringende Forderung des Tages, denn die Zeit des Wiederaufbaus unseres Wirtschaftslandes verlangt gebieterisch die Durchdringung weiterer Kreise des werktätigen Volkes mit kaufmännischem Geiste. (Finanz- und Steuerverwaltung, Gemeindebeamten, Betriebsräte usw.) Dieses Ziel läßt sich aber nur erreichen, wenn es sich ergibt aus sicheren, grundlegenden Kenntnissen der Privat- und Volkswirtschaft, vor allem der kaufmännischen Lehrstoffe, die die höheren Handwerkschulen (Schulen zählt zur Zeit 11 solche Schulen) schon bisher zur Realisierung vermitteln konnten, nur diese noch erweitern können, wenn sie in die Lage versetzt werden, ihren Bildungsengang auszuweiten.

Der Bund sächsischer Handwerkschulmänner hat deshalb an den Landtag eine Petition gerichtet, in der er um baldige Durchführung folgender Forderungen bittet:

- 1. das gesamte Handwerkschulwesen Sachsens ist durch besonderes Gesetz zu regeln, und zwar bezüglich des inneren Betriebes und bezüglich der Rechts- und Verhältnisse der Lehrer;
2. für sämtliche Schulen ist eine rechtliche Grundlage zu schaffen, die nur möglich ist durch Übernahme der Schulen auf den Staat oder, falls dies nicht durchzuführen ist, durch die Gemeinden. Unbeschadet dessen ist schon jetzt die Beitragsleistung durch Gemeinde, Staat und Handelskammer gesetzlich zu regeln.

Beschleunigter Wehrgüterverkehr

Auf Grund einer Eingabe des Wehramts für die Mustermessen in Leipzig teilt die Reichsbahnverwaltung Dresden mit, daß die Wehrgüter für die bevorstehende Leipziger Frühjahrsmesse trotz etwaiger Verkehrsperren angenommen und nach Möglichkeit beschleunigt befördert werden.

Wesprellame

An die Gesamtorganisation der Leipziger Messe ist seit kurzem der „Leipziger Werbedienst, Wesprellame zentrale der Mustermessen, G. m. b. H.“ angegliedert worden. Seine Aufgabe besteht in erster Linie darin, dem äußeren und inneren Wehrgüterverkehr einen einheitlichen und vornehmen Charakter zu geben. Jede wilde, überflüssige, künstlerisch unfertige Wesprellame soll ausgemerzt und durch die bessere und zweckmäßigere ersetzt werden.

Der Reichskunstwart, Dr. Redlob, führt in dem künstlerischen Beurteilungsausschuß den Vorsitz; führende Mitglieder wie Professor Peter Behrens, Professor Steiner, Prag, Professor Thiersch usw., gehören dem Beurteilungsausschuß an. Der Leipziger Werbedienst wird sich auch außerhalb der Messen in großzügiger Weise bei der Organisation von Ausstellungen, Fachausstellungen usw., für Industrie, Handel, Gewerbe, Kunst und Wissenschaft betätigen und die Erfahrungen der Leipziger Messe in den Dienst dieser Organisation stellen.

Keine Standeschulen

Das Kultusministerium läßt durch die Nachrichtenstelle in des Staatskanzlei bekanntgeben:

Um die mit den Seminaren verbundenen Lehrgangsschulen der Bestimmungen in § 4 Abs. 1 des Übergangsgesetzes für das Volksschulwesen, wonach die Volksschulen als allgemeine Volksschulen für alle Kinder des Schulbezirks ohne Unterschied des Vermögens einzurichten sind, auszugleichen und dem wiederholt gegen sie erhobenen Vorwurfe, daß sie Standeschulen seien, zu begegnen, hat das Ministerium des Kultus und öffentlichen Unterrichts die Seminardirektionen angewiesen, sich für die Neuaufnahmen zum Schuljahr 1923/24 mit den örtlichen Schulverwaltungen wegen Zuweisung eines Aufnahmebezirks in unmittelbarer Umgebung des Seminars in Verbindung zu treten und Kinder dieses Bezirkes ohne Unterschied des Vermögens und Standes der Eltern aufzunehmen.

Die Figurantin

Der Roman eines Dienstmädchens

Von Leon Frapiss

Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von A. M. de Grazia und F. Kunde

Eine unvorstellliche Herrschaft bildete sich aus dem Zusammentreffen verschiedenster Elemente: dem normalen Despotismus des Herrn, den Ansprüchen des verwöhnten Kindes, der Bildungsbürokratie, der Parteilichkeit und dem Freimut der halbbertraulichen, ungewohnten Mitten um Dienste. Eine gewisse Benützung überlamm Sulette, der sie sich unbetenkt hingab, sie fühlte sich dem vulgären Bedientenstand entziehen, trat in ein andres, ihr aufgespartes, unbekanntes Dienstverhältnis.

Die Särung in den beiden zu eng nebeneinander lebenden Menschen hörte nicht mehr auf.

Als man definitiv bei familiärer Gleichstellung anlangte, nach und nach die Befehle familiärer Ton annahm, als Sulette sich zu einer Fügsamkeit, ähnlich der einer Amme, Mutter, älteren Schwester, verstanden hatte, brauchte Albert nur mehr aus diesem Vorteil Nutzen zu ziehen; jetzt konnte er sich erlauben, zu spöken, zu necken, zu ländeln, zu belästigen; keine Bewegung, keine Weigerung oder Zustimmung war ja ernst zu nehmen, und außerdem hatte Sulette von ihrer ungebändigten Kraft eingebüßt. Sie konnte nicht mehr jähren ihren Wunsch, „in Ruhe gelassen zu werden“, zum Ausdruck bringen.

Von nun an gab es vom Morgen bis zum Abend von seinen Alberts inobehobene Signale, Augenwinkeln freundschaftlichen Einverständnisses, neckende Miemen, lokalisierte Androhungen, schon fast Verwahrungen, welche nahe idyllische Ähnlichkeiten darstellten. Wirklich schamen diese Späße, diese Schimpfplänkelein zwischen Jüngling und Jungfrau der Beschuldigung eines Inzibiduumms durch ein andres gleich; gewisse Arten, sich etwas in die Ohren zu schreien, den Atem ins Gesicht blasen, sich nahe zu kommen, gedrängt beieinander zu stehen, sich in die Augen zu schauen, mit seinem Willen den ihren zu beeinflussen, brachten die gleiche Verschmelzung des

Lebens hervor, als wenn eine Verührung der Körper vor sich gegangen wäre.

Die Folge war, daß an dem Tage, da Albert auf den Begehren in die Küche schlich und untersehens einen Fuß auf Sulettes Waden presste, diese zwar rief: „Ach, Sie haben mich erschreckt... ich will dieses Benehmen nicht!“, aber doch kaum mehr eine Steigerung wahrnahm; Albert hatte, im Winkel verborgen, ihr schon einmal Furcht vor einer Umarmung eingeflößt. Sie hatte das erste Ankommen erduldet; es war zu Ende, sie gehörte sich selbst nicht mehr, es konnte noch mehr oder weniger Zeit vergehen, aber die verführerischen Zärtlichkeiten mußten sie bald gewinnen.

Herr und Frau Leroy beschäftigten sich außerhalb des Dienstes nicht mit dem Mädchen und schienen keineswegs das Treiben ihres Sohnes zu bemerken. Wenn Sulette das Frühstück aufzutragen begann, hestete Herr Leroy immer einen bedächtigen Kennerblick auf sie; das war eine schnelle und strenge Untersuchung, welcher eine vollständige Gleichgültigkeit folgte.

Einmal, als Sulette bei einem Ueberfall im Korridor gegen Frau Leroy antaute, schrieb diese entrückt: „Gott soll mich verschonen, ich glaube, Sie spielen.“ Aber sofort wendete sie sich ab, entfernte sich und zeigte später nichts in den Miemen, daß ihre Aufmerksamkeit geweckt worden sei.

Uebrigens verdiente Sulettes Arbeit keinen Lob. Sie besorgte sie gleichsam im Zustand des Sombambullismus; unter der Herrschaft einer einzigen Erwartung, daß sie sich, unfähig, zu denken, keine Rechenschaft über die Art, wie sie lebte. Sie schien alle ihre dormaligen Herren seit lauten Jahren verlassen zu haben; doch behielt sie einen großen Widerwillen gegen frühere Unterdrückung. Was die Gegenwart anging, so wußte sie, daß eine Gefahr ihr drohte, aber das war alles; in einer Art von Taumel befangen, sah sie keine Möglichkeit, sich derselben zu entziehen. Und alle Tage, vom ersten Puffe an, fand eine neue Uebersättigung von Zärtlichkeiten statt, welche sie mit vertrockneter, glücklicher und zugleich anästhetischer Erregung ertrug. Albert machte sich unvorstelllich immer mehr um Herrn ihres Körpers und Willens; jegers Tag verminderte er das Gut der Schamhaftig-

keit und besetzte so ihre Widerstandskraft; er machte sie nachgiebig, bezwang sie durch immer dringlicher und erfinderischer werdende Einfälle.

„Sulette, geben Sie mir die Hand, damit ich Ihnen die Zukunft sage.“

Sofort war diese ergriffen und gellebost.

„Sulette, wollen Sie mit mir ringen? ... Ach, haben Sie ein hartes Gelenk!“

Man hielt es fest und glitt schmeichelnd unter die Kermel und fühlte sich bis zum Ellenbogen hinauf.

Sulette stieß einige zurückweisende Worte hervor, lachte mit nervös verzerrtem Gesichtsausdruck, befreite sich mit krampfhaften Stößen und entkam. Oft wurde sie beim Nahen Alberts bewegungslos; wie ein an Schläge geübtes Kind vor dem erhobenen Knüttel regungslos stehen bleibt.

Die Begegnungen in den Gängen, zwischen den Türen, gewählten ferner Möglichkeiten, die Taille des Dienstmädchens zu umschlingen und, etwas vor sich hinstülpernd, zu fragen: „Können Sie tanzen?“ Dieser runde Arm lähmte Sulette gleich einer unzerbrechbaren Kette; der Druck auf die Hüfte machte ihr Blut schneller fließen, rief Ohrensausen, Schwindelgefühle hervor.

Der Sommer erstrahlte in wolkenloser, glühender wunderbarer Pracht. Der August der Wohnung, der Blumen, der kunstvollen Nippfachen, der prächtige, graziose, erfreuliche Anblick der Möbel fordernten Sulette auf, das Leben zu genießen, sich ihm jart anzupassen, die kräftige und überreichliche Nahrung machte den Körper schlaff, betäubte den Willen. Segnungen trug Sulette dünne Kleidung und ihre Haut war leicht zu finden. Uebrigens kam das Anpassen über den Kleibern Verührungen auf bloßer Haut gleich, und für Augenblicke fühlte sie ihre Formen unberührt durch das Gewand schimmern oder gewisse Blide das Gewebe durchdringen und sich sogar auf den geheimsten Linien ergeben.

Eines Morgens, als sie, die Arme erhoben, einen Spiegel puhte, wollte Albert sich zumüde machen, daß nur ein dünnes Nädchen ihr Korsett deckelte; er bemächtigte sich, nach ihrer Brust zu fassen.

„Sie haben kein Herz, meine kleine Sulette; lassen Sie mich untersuchen, ob Sie ein Herz haben.“ (Fortsetzung folgt)

Seite 4
Kleider
Wäsche
Schuh
Kauf
10
20
Kleider
Wäsche
Schuh
Kauf
10
20
Kleider
Wäsche
Schuh
Kauf
10
20

Der Vorstand des Sächsischen Gemeindefonds nahm folgende Beschlüsse an: Vollst. Entz. über die un-

Das deutsche Volksgesetz. Die die Staatskanzlei mittelst hat die sächsische Regierung von der Bildung eines besonderen sächsischen

Die sächsischen Bergbauangelegenheiten im Jura und im Bergbau-
Gesetzgebung des Ruhrgebietes durch die Leistung von

Redebeiträge für den Reichsausschuß. (Amtlich.) Die außerordentliche Steigerung der Ausgaben des Reichsausschußes, insbesondere für die Unterhaltung der Beschälter und des

Stadt-Chronik

Wenn es ihnen paßt...

Die Väterlichen Schwärmer für den Generalstreik. Ja, ohne Scherz, das gibt's. Dieses Wunder ereignet sich eben in diesen Tagen: Nationalen und Kapitalisten jubeln

Wiederbetonen

Ein Väter schreibt uns: Bei den Leinwand, so rüchellos in die Höhe getriebenen Fleischpreisen wird wohl der Fleischgenuss

Vor den Toren der Pferdehändler haben sich schon Stundenlang vor Beginn der kurzen Verkaufszeit vor der Ladentür die Menschen, die für mich Pferdefleisch als Sonntagserbissen

Als hundertkroniger Familienvater war es mir besonders willkommen, wenn meine Frau bunn und wann zwei Pfund

Wie sagte doch der Reichsausschuß in jener Sitzung im Reichstag nach der Befragung des Ruhrgebietes? Jeder Deutsche hat nun die Pflicht Umkehrungen auf sich zu nehmen und dem Vaterland Opfer zu bringen...

Vom Rechte, das mit uns geboren ist

Über dieses Thema sprach vor einigen Tagen Genosse Ministerialrat Dr. Schröder in einer von der Arbeit-

Beobachtung und Erfahrung innerhalb des Gemeindefonds der Menschen stellen die Rechte auf. Der Gemeindefonds, der Friede und das Sehen nach Liebe sind der

muß sich den Rechtregeln der Gesellschaft unterwerfen in der Erkenntnis der Notwendigkeit, daß alle berechtigt sind, an des Lebens

Mittelpunkt alles Rechts ist also der Mensch mit seinen Interessen. In unserm Privatrecht wurde diese Regel verabschiedet, ökonomischen Entwicklung. Nach dem jetzt bestehenden

Wer nun aber glaubt, bei Verrückung der jetzt bestehenden Rechtsnormen das mit uns geborene Recht durch Kraft geformte Gesetze

Im allgemeinen trägt die heutige Rechtsprechung dem Rechte, das mit uns geboren ist, keine Rechnung. Das Rechtsbewußtsein

Die Jurisprudenz kann nicht immer entscheiden. Unter dem juristischen Wissen muß etwas anderes stehen, nämlich das juristische Denken und hinter diesem das juristische

Reklame und Reklameschleier

In letzter Zeit hat sich die Öffentlichkeit wiederholt mit dem Plakat und der Postreklame beschäftigt und deren

Das Plakat hat seinen Vorzügen mit seinen Vorwürfen gegen den Plakat nicht gekämpft, so war dieser noch weiteren

Ein Vertreter des Plakatgewerbes betonte, daß es Aufgabe seiner Branche sei, das Stadtbild zu wahren. An sich gehe es

Diebstahl als „Wiedergutmachung“

Eine nicht alltägliche Diebstahlschickse beschäftigte das Dresdner Schöffengericht. Aus der Untersuchungsakten vorgeführt wurde die 1888 zu Seehausen in Wapern geborene ledige

Die Angeklagte blieb jedoch bei ihren Angaben stehen. Zur weiteren Klärung des Sachverhalts wurde wegen Befragung der

Beschlüsse des Rates. Der Rat hat beschlossen, die Reichsregierung zu eruchen, bis auf weiteres die Verarbeitung von Kartoffeln in Stärke- und Glödenfabriken zu verbieten,

Erfahrungen für reisende Invaliden. Ein neuer Erlaß des Reichsversicherungsamtes ermächtigt die Eisenbahnbeamten, von jetzt an auch Invaliden, Schwerkranken, Blinden,

Verstärkter Ankauf von Metall. Nach beschleunigter Verhandlungsbauer der zweite Straßensammler den 1900 zu Berlin

Dresdner Arbeitsausfluß für Bekämpfung der Schund- und Schundliteratur. In der Geschäftsstelle für gute Jugendliteratur, Markgrafenstraße 26, Dienstag von 11 bis 1 Uhr geöffnet, und den

Eingaben an das Wohnungsamt. Die an das städtische Wohnungsamt gerichteten Eingaben entfallen oft ungenau und unvollständige

3 1/2 Millionen Mark Strafe. Vor einiger Zeit wurde der 26 Jahre alte Bankbeamte Fritz Löwy aus Prag kurz vor

Erhöhter Mißpreis. Die Preisprüfungskommission Dresden und Umgebung setzte in ihrer Sitzung vom 31. Januar den Preis für Vollmilch auf 324 M., für Magermilch auf 120 M. fest.

Reichsverband deutscher Kreisbeschäftigten und Kriegshinterbliebenen. Ortsgruppe Dresden. 10. Beirat. Donnerstag, abends 7 1/2 Uhr. Beiratssammlung im Gasthof Fugmann, Witten.

Erstverband für Anabenmusik. Nächste Versammlung Donnerstag den 8. Februar, abends 8 Uhr, im Restaurant zur alten Kaserne, Dresden-Alt., Neber Straße. Erscheinen sämtlicher Mitglieder dringend erwünscht.

Präsidenten. Montag den 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Andrea, Rabenauer Grund, Mitgliederversammlung. Genosse Wagner spricht über Selbstentwerfen.

Allgemeiner Miethewohnvereine. 1., 2. und 3. Untergruppe, Johannstadt, Sonnabend den 8. Februar, abends 7 1/2 Uhr, Obsteuberg- und Rietbergstraße.

Städt. Gem. Rietbergversammlung. Sonnabend, 7 1/2 Uhr, bei Ströpler, Vortrag über Erziehung und Vererbung von Wohnungen, Rietbergstraße.

Stenotyp- u. Handelskurse 1. Februar 8, 4, 7 Uhr. Aukt. u. Prospekt frei. Sonderklasse für Teiln. mit hoh. Schulbildung. Rackow, Altmarkt 15. Tel. 17137

